58. Jahrgang. № 20. Dienstag, 20. Januar 1914.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugs-Gebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung an Sonn- und Montagen nur einmal 2,50 M., durch auswärtige Kommissionäre bis 3,25 M. bei einmaliger Zustellung durch die Post 3,37 (ohne Bestellgeld). Ausland: Oesterreich-Ungarn 3,45 Kr., Schweiz 5,65 Frks., Italien 7,17 Lire. — Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. – Unverlangte Manuskripte werd. nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Sammelnummer für sämtl. Telephonanschlüsse: 25241
Nachtanschluß: 11.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1 Uhr. Die einspaltige Zeile (etwa 8 Silben) 30 Pf., die zweispaltige Zeile auf Textseite 70 Pf., die zweispalt. Reklamezeile 1,50 M. Familien-Nachrichten aus Dresden die einspalt. Zeile 25 Pf. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen erhöhter Tarif. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Jedes Belegblatt 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Für Feinschmecker: Lobeck's Fondant-Chocolade, Rahm-Chocolade, Bitter-Chocolade per Tafel 50 ₰; Cacao per ½ Kg. Dose 2,40 M.; Dessert per Carton 2, 3 u. 4 M. Marke: Dreiring.

Auto-Droschken (1 bis 3 Personen fassend) Anruf: Nr. 17770 und 17076 Automobil-Betriebs-Gesellschaft, Dresden, Bautzner Straße 6.

Königl. Preuß. Staatsmedaille i. Silber. Bon Jour mit Goldmundstück .... 3½ Pfg. Kronprinz Wilhelm m. versch. Mundstück 6½ und 10 Pfg. Lieblings-Zigarette Sr. Kaiserl. u. Königl. Hoheit des Kronprinzen. Egyptian Cigarette Company, Berlin NW. 7. Kairo – Brüssel – London E. C. Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Tischler- und Polster-Möbel Illustr. Katalog bitte verlangen J. A. Bruno König. Dresden-N., Kamenzer Str. 27 Gegründet 1862. Dresden-A., Amalienplatz und Ringstrasse.

Tuchhaus Lager hochfeiner deutscher und englischer Anzug-, Hosen-, Paletot- und Westenstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten, Damen-Kostümstoffe, Billardtuche, Bunte Tuche. Uniformtuche für Königlich Sächsische Staats- und Privatforstbeamte. Hermann Pörschel Scheffelstrasse 19/21 (Kleines Rauchhaus).

Für eilige Leser

am Dienstag morgen.

Mutmaßliche Witterung: Keine Aenderung.

Der König und das Prinzenpaar Johann Georg werden sich am 26. Januar nach Berlin begeben, um dem Kaiser ihre Glückwünsche zum Geburtstage zu übermitteln.

Die feierliche Verpflichtung des Kronprinzen Georg als Mitglied der Ersten Ständekammer erfolgt morgen vor Beginn der Kammersitzung.

Die Zweite Kammer nahm gestern den Gesetzentwurf über die Zwangsvollstreckung gegen den Fiskus an und trat in die allgemeine Vorberatung des Gesetzentwurfes über die Krankenversicherungspflicht der Lehrer ein.

Zur Unterstützung von Arbeitslosen stellte der Rat der Stadt weitere 25000 Mk. bereit.

Der Reichstag fuhr gestern in der Beratung des Etats des Reichsamtes des Innern fort.

Das preußische Abgeordnetenhaus begann die Etatberatung mit dem Etat der Landwirtschaft.

Präsident Poincaré wird heute in der deutschen Botschaft in Paris an einem ihm zu Ehren stattfindenden Diner teilnehmen.

Der frühere französische Kriegsminister General Picquart ist gestorben.

Der englische Premierminister Asquith ist entgegen den bisherigen Bestimmungen von Nizza plötzlich wieder nach London gereist.

Die englische Marineverwaltung beschloß, zur Vergrößerung der Luftflotte drei lenkbare halbstarre Luftschiffe eines italienischen Typs bauen zu lassen.

Die griechische Regierung wird, nach einer Meldung aus Athen, außer den in England bestellten Torpedobooten vier weitere beim Stettiner Vulkan bestellen.

Zum Kommandeur des 1. türkischen Armeekorps ist Oberstleutnant Muri Bei ernannt worden.

Die innerpolitische Krisis in Oesterreich.

Das neue Jahr hat in Oesterreich heftige innerpolitische Kämpfe heraufbeschworen, und wenn die streitenden Faktoren sich nicht noch in zwölfter Stunde einigen, droht dem Verfassungsleben der Donaumonarchie eine ernstliche Gefahr, wird der berüchtigte § 14 der Verfassung, der dem Kaiser das Notverordnungsrecht gibt, seine Herrschaft über die Länder des Doppeladlers ausbreiten. Die Krisis ist nicht erst im Anzuge, das Land befindet sich vielmehr bereits mitten drin. Die Irrungen und Wirrungen sind so weit gediehen, daß sich selbst österreichische Politiker aus diesem Wirrsal nicht mehr herauszufinden meinen. Der Ministerpräsident Graf Stürgkh hat bisher mit einer wahren Engelsgeduld versucht, der Schwierigkeiten, die im Reichsrate ob des Budget-Provisoriums und der Steuergesetzgebung entstanden sind, auf verfassungsmäßigem und parlamentarischem Wege Herr zu werden. Dieses löbliche Bestreben wird ihm aber durch die Parteien und die Kompetenzstreitigkeiten zwischen Herrenhaus und Abgeordnetenhaus außerordentlich erschwert und es ist sehr fraglich, ob es möglich sein wird, die Herrschaft des § 14 wirklich zu umgehen.

Seit Ausgang des letzten Jahres, nein, seit Monaten streiten sich Abgeordnetenhaus und Herrenhaus um die Personalsteuervorlage, die eine Erhöhung der Einkommensteuer vorsieht und deren Ergebnis dazu dienen soll, vornehmlich die Dienstpragmatik der Beamten zur Ausführung zu bringen, die den österreichischen Beamten seit langem versprochene Erhöhung ihrer Bezüge zu sichern. Die Vorlage hat bereits wiederholt die beiden Häuser des Reichsrates beschäftigt, ohne daß es bisher gelungen wäre, eine Uebereinstimmung über sie zu erzielen. Die Meinungsverschiedenheiten liegen in der Auffassung über die Steuerskala und die sogenannte Junggesellensteuer, sie sind in Wirklichkeit nicht nennenswert und nicht von so großer Tragweite, daß ihretwegen die eine oder die andere Kammer des österreichischen Reichsrates es wagen könnte, das verfassungsmäßige Leben zu gefährden. Aber, wie so oft im innerpolitischen Leben Oesterreichs, überwiegen die Parteistreitigkeiten, die kleinlichen Gesichtspunkte und Mandatsrücksichten. Die Totengräber des Parlamentarismus sind wieder an der Arbeit und die Obstruktion der Ruthenen und Tschechen wird letzten Endes das ganze Parlament auseinandersprengen, wenn nicht eine unerwartete Wendung eintritt, wenn nicht die Mehrheitsparteien in beiden Häusern im letzten Augenblick einlenken.

Die Schwierigkeiten lagen bis vor kurzem beim Herrenhause. Das Abgeordnetenhaus hatte sich nach langwierigen Verhandlungen auf eine Kompromißformel geeinigt, das Herrenhaus aber widerstrebte aus prinzipiellen Gründen. Das Abgeordnetenhaus wollte die Steuererhöhung mit Rücksicht auf die unteren Schichten der Wähler erst bei einem Einkommen von 10000 Kronen beginnen lassen, die Erste Kammer indessen, in der der Grundbesitz und der Adel dominieren, wünschte eine durchgreifende Erhöhung, eine allgemeine, damit die demagogische und Wählerfangpolitik der Volkskammer sich bis in die untersten Schichten in irgendeiner Weise materiell fühlbar mache. Die Pairskammer blieb bei ihren Beschlüssen auch dann bestehen, als aus der Mitte des Abgeordnetenhauses Vermittlungsvorschläge geltend gemacht wurden. Der Eindruck entstand, daß sie aus politischer Rechthaberei auf ihrem Standpunkte beharre, und dieser Eindruck war um so bedauerlicher, als dem Herrenhause sonst in Oesterreich eine hohe politische Reife innewohnt und das Verantwortungsgefühl unter seinen Mitgliedern in intensivster Weise ausgeprägt ist, so daß die Regierung mit dieser Kammer stets ein leichtes und schnelles Arbeiten hatte. Es bedurfte erst eines Appells des deutschen Nationalverbandes und der christlich-sozialen Partei, in dem das Herrenhaus ermahnt wurde, politische Rechthabereien hinter den großen politischen Gesichtspunkt der Erhaltung der Verfassung zurückzustellen, um dieses Haus zum Einlenken zu bewegen und zu Kompromißverhandlungen zu veranlassen. So kam denn endlich eine gemeinsame Konferenz beider Häuser zustande, in der die Grundlage für ein vernünftiges Kompromiß in der Steuerfrage gelegt wurde, dessen Einzelheiten hier nicht interessieren, da es noch keineswegs sicher ist, ob die Bestimmungen des Kompromisses Gesetzeskraft erlangen werden, vielmehr jeder Tag neue Anregungen und Vorschläge bringt.

Da aber trat etwas Unerwartetes ein, die Tschechen setzten plötzlich mit einer wilden Obstruktion ein und sprengten den Budgetausschuß, so daß dieser für einige Tage verhandlungsunfähig wurde. Gleichzeitig aber liefen, was noch verhängnisvoller war, die Christlich-Sozialen Sturm gegen das Steuerkompromiß, so daß plötzlich der ganze mühsam aufgetürmte Bau in Trümmer zu gehen drohte und der gesamte Finanzplan endgültig gefährdet wurde. Auch hier spielten wieder kleinliche Mandatsrücksichten eine Rolle. Die Christlich-Sozialen bangten um den Besitzstand ihrer Partei. Nach den Bestimmungen des Steuerkompromisses wären in Wien 20000 Wähler, die zum größten Teil sozialdemokratisch gewählt hatten, aus dem vierten in den dritten Wahlkörper vorgerückt und es wäre die Möglichkeit entstanden, daß die Christlich-Sozialen zwei oder drei Mandate in ihrer Hochburg verloren hätten. Diese Aussicht hat ihnen so allen politischen Verstand geraubt, daß sie unter Führung ihres Parteihäuptlings Weiskirchner eine energische Aktion gegen das Steuerkompromiß unbekümmert um die Folgen einleiteten. Selbstverständlich entstand ob dieses außergewöhnlichen Schrittes sowohl in Partei- wie in Regierungskreisen allgemeine Verwirrung und die Ratlosigkeit erreichte ihren Gipfel. Die Stimmung im Abgeordnetenhause wurde von Tag zu Tag nervöser und gereizter. Die Abgeordnetenhaus-Kommission für die Steuergesetze hielt neuerliche Beratungen ab und eine Konferenz folgte der andern. Der Ministerpräsident hielt mit den Parteiführern und diese untereinander Beratungen ab. Die Obmänner der Parteien einigten sich schließlich auf einen neuen Vermittlungsvorschlag, der in seinem Bestreben, allen gerecht zu werden, den Widerspruch zum Dogma gemacht hat, und dem gesunden Menschenverstand ins Gesicht schlägt, daher auch den berechtigten Spott des Landes herausfordert. Der „Zusatzantrag", in dem der Vermittlungsvorschlag gesetzestechnisch enthalten ist, hat indessen bereits die Zustimmung der Christlich-Sozialen und der Deutsch-Nationalen gefunden. Man erwartet, daß auch die anderen Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten, die sich bereits absentiert haben, und der tschechischen Agrarier sich anschließen werden. Mit der Regierung sind bereits Verhandlungen eingeleitet, um die Durchführung des neuen Vorschlages sicherzustellen.

Aber damit sind die Schwierigkeiten keineswegs aus dem Wege geräumt. Es bleibt immer noch die Frage: Wie wird sich das Herrenhaus zu den neuen Beschlüssen der Zweiten Kammer verhalten? Zurzeit ist die Haltung der Pairskammer noch durchaus ungewiß. Es herrscht indessen allgemein das Gefühl vor, daß sie auf den neuen Vermittlungsvorschlag sich nicht einlassen, vielmehr auf dem Boden der Beschlüsse der gemeinsamen Konferenz verharren wird. Das eröffnet die trübsten Aussichten, denn nun muß der Instanzenzug noch einmal beschritten, muß mit dem Verhandeln von Kammer zu Kammer von neuem begonnen werden. Und das haben mit ihrem Vorstoß die Christlich-Sozialen getan. Man kann es dem Herrenhause jetzt noch nicht einmal verdenken, wenn es bei dem ersten Kompromiß bleibt, und man kann auch die Blätter nicht tadeln, die dieses Haus auffordern, auf den Beschlüssen der gemeinsamen Konferenz festzustehen. Denn diese stellten ein gesundes Kompromiß, aber kein Zwitter wie die neue Formel dar. Ein Ende dieser Wirren ist vorläufig nicht abzusehen. Graf Stürgkh ist wahrhaftig zu bewundern, daß er ob dieser Schwierigkeiten noch nicht die Flinte ins Korn geworfen hat.

Drahtmeldungen

vom 19. Januar.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Reichstag setzte die Beratung des

Etats des Reichsamts des Innern

fort. Auf Antrag des Abg. **Bassermann** (ntl.) wurde der am Sonnabend gefaßte Beschluß, die Aussprache in einen sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Teil zu trennen, wieder aufgehoben, da die Redner auf diese Trennung nicht eingerichtet sind. — Abg. Dr. **Mayer**, Kaufbeuren (Zentr.): Die deutsche Volkswirtschaft steht vor einer Depression der Konjunktur. Allgemein aber glaubt man, daß diese Depression nicht sehr tief gehen und nicht sehr lange anhalten wird. Sie ist international, sie zeigt sich in China, Argentinien und Indien. Alles spricht dafür, daß die aufgehäuften Vorräte ziemlich schnell aufgebraucht werden und damit die Ueberproduktion beseitigt wird. Auch die Geldknappheit, die zeitweise bedenklichen Umfang angenommen hat, ist ja jetzt schon ziemlich vorüber. Aber man darf nicht übersehen, daß von der Erholung des Geldmarktes bis zur Erholung des Kapitalmarktes heute ein viel weiterer Weg ist als bei früheren Depressionen. Das hängt innig zusammen mit den gewaltigen Rüstungen in allen Ländern. Wenn der Kapitalmarkt liquid werden soll, ist dringende Schonung nötig. Sehr bedenklich ist es, daß eine wahre Sintflut von

Kommunalanleihen

den deutschen Kapitalmarkt überflutet. Der Deutsche Städtetag sollte eine Einschränkung dieser Anleihen erwägen. Bemerkenswert ist die Vermehrung unserer Viehzucht. Unsere Exportsteigerung wird leider gehemmt durch die Preispolitik unserer Rohstoffverbände. Das Kohlensyndikat trägt Schuld daran, daß die Kohlenpreise in Deutschland die höchsten in der Welt waren. Trotzdem geht der Fiskus daran, dem Kohlensyndikat wieder die Möglichkeit zu geben, die etwas herabgesetzten Preise zu steigern. Der deutsche Stahlwerksverband hat die außerordentlich starke Differenzierung der Inlands- und Auslandspreise leider beibehalten. Die Schutzzölle sollten auch der Fertigindustrie zugute kommen. Da die Syndikate eine gewisse Monopolstellung haben, gebührt dem Staate ein gewisses Aufsichtsrecht. Sonst kommen wir zu schlimmen Verwicklungen mit dem Auslande. Amerika hat neuerdings eine unerfreuliche Haltung gegen Deutschland gezeigt, die wir uns nicht gefallen lassen dürfen. Was gedenkt die Reichsregierung zum Schutze der geschädigten Besitzer mexikanischer Staatsanleihen zu tun? — Abg. **Reinath** (ntl.): Auch im vergangenen Jahre hat die deutsche Volkswirtschaft große Schritte vorwärts gemacht. In vieler Beziehung ist Deutschland vollständig an die Seite Englands gerückt, wenn auch der englische Außenhandel noch immer den deutschen übersteigt. Die politischen Wirren des letzten Jahres und der hohe Zinsfuß haben ein gewisses

Sinken der Konjunktur

veranlaßt. Jedenfalls hat die deutsche Volkswirtschaft in dieser Zeit große Widerstandskraft gezeigt, ein erfreuliches Zeichen der Gesundheit. Bei etwaigen gesetzgeberischen Maßnahmen darf nicht vergessen werden, daß die großen Organisationen heute eine Notwendigkeit sind und daß unsere Unternehmer ihre Arbeiter auch bei schlechter Konjunktur nicht zu entlassen gewöhnt sind. Viel gefährlicher als irgendeiner der deutschen Verbände ist das Eindringen amerikanischer Trusts mit amerikanischen Geschäftsgewohnheiten. Gegen den Petroleum- und Tabaktrust müssen wir Front machen. Eine wichtige Quelle unseres wirtschaftlichen Fortschrittes ist die enge Verbindung von Wissenschaft und Gewerbe. Auch die gute Disziplin und Organisationsfähigkeit der Arbeiterschaft hat das ihrige dazu getan. (Aha! im Zentrum und bei den Polen.) Ja, wundert Sie das? Ein Grund dafür, den Sie allerdings nicht anerkennen werden, liegt darin, daß der größere Teil unserer Arbeiter durch das Heer gegangen ist, wo es Disziplin gelernt hat. Daß die Sozialpolitik das Volk entnerve und verweichliche, kann ich nicht anerkennen. Bei Streiks sollen die Behörden mit Takt und Ruhe, aber auch mit Festigkeit auftreten. Der Redner fordert ein lückenloses Netz von Arbeitsnachweisen für das Reich, wirksamere Bekämpfung der Tuberkulose und reichsgesetzliche Regelung des Submissionswesens und des Zugabewesens. An den Richtlinien der Wirtschaftspolitik halten wir unverbrüchlich fest. Es besteht da kein Gegensatz zwischen der Fraktion des Abgeordnetenhauses und der des Reichstags. Wir halten unbedingt fest an unserem Zollschutz für die Land-